Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 189 (2023)

Heft: 11

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NIEDERLANDE

Holland führt den Ukraine-Support an

Die Niederlande führen den Weg bei der militärischen Unterstützung der Ukraine an. Dies zeigt sich in ihrer Bereitstellung von F-16-Kampfflugzeugen und Leopard-2-Panzern sowie in ihrer finanziellen Unterstützung in Höhe von 2,7 Milliarden US Dollar, was in absoluten Zahlen den vierten Platz unter den europäischen Nationen ausmacht. Eine Vermutung für diese Haltung dürfte in den Tatsachen um die durch russischen Einfluss im Juli 2014 abgeschossene Passagiermaschine MH17 sein, in der sich grösstenteils niederländische Touristen befanden. Dies hat zu einem Umdenken in Bezug auf die Sicherheit in Europa und die Rolle des Königreichs geführt. Unter der Führung von Premierminister Mark Rutte erhöhen die Niederlande nun ebenfalls ihre Verteidigungsausgaben, um die NATO-Zielvorgabe von zwei Prozent des BIP zu erreichen. Die Niederländer sind bekannt für ihre effiziente Nutzung ihrer begrenzten Verteidigungsausgaben und stellen dem Bündnis wichtige Fähigkeiten wie Patriot-Batterien und Apache-Kampfhubschrauber zur Verfügung. Die Unterstützung der Ukraine geht jedoch über die Verteidigungshilfe hinaus und umfasst auch humanitäre Hilfe und den Schutz des kulturellen Erbes des Landes. Ebenfalls wird die holländische Armee ukrainische Soldaten im Kampf gegen Seeminen schulen. Dies kündigte Verteidigungsministerin Kajsa Ollongren bei der Krim-Plattformkonferenz in Kiew an. Es werden zwei ukrainische Besatzungen für Minenjagdschiffe ausgebildet, um der Ukraine bei der Räumung des Schwarzen Meeres von Minen und der Bekämpfung der Unterwassergefahren für den nationalen Schiffsverkehr zu helfen. Die Auslieferung der beiden niederländischen Minenjäger an die Ukraine, die im März angekündigt wurde, wird dann abgeschlossen, sobald die niederländische Marine über ausreichend Ersatzkapazitäten verfügt. Die Schulung des ukrainischen Personals startete aber bereits ab September. Diese Entscheidung der Niederlande erfolgte, als die Ukraine damit begann, das Schwarze Meer von russischen Minen zu befreien, um den Getreideexport zu revitalisieren, der für ihre Wirtschaft und die Finanzierung des weiteren Kriegsaufwands entscheidend ist. Neben der Minen-Schulung besprachen Ollongren und der damalige ukrainische Verteidigungsminister Reznikov auch andere Aspekte der militärischen Hilfe der Niederlande, wie die Versorgung ukrainischer Soldaten in niederländischen Militärspitälern und die kürzlich vereinbarte Lieferung von F-16-Kampfflugzeugen. *pk*

Die Niederlande geben F-16 an die Ukraine ab. Bild: defense street

SCHWEDEN

Verteidigungsbudget wird nochmals erhöht

Schweden plant erneut eine signifikante Erhöhung der Verteidigungsausgaben, um das NATO-Ziel von zwei Prozent des BIP zu erreichen. Die Regierung hat dazu eine zusätzliche Finanzierung von 700 Millionen Kronen für das Jahr 2024 angekündigt und hebt damit das Gesamtbudget auf 27 Milliarden Kronen (knapp 2,4 Mia. Schweizer Franken) an. Dies ist Teil eines umfassenden Plans, die Verteidigungsausgaben bis 2025 um fast 30 Prozent zu erhöhen. Diese Entscheidung ist eine Reaktion auf das veränderte Sicherheitsumfeld in Europa und die wachsende Bedrohung durch Russland. Die erhöhten Ausgaben werden eine Reihe von Bereichen abdecken, darunter die Modernisierung des Militärs, die Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten und die Verbesserung der Cyber-Sicherheit. Zudem wird auch die operative Bereitschaft der Streitkräfte gestärkt. Die Regierung plant, die Anzahl der aktiven Truppen zu erhöhen und die Reserven zu stärken. Die Entscheidung zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben steht im Einklang mit Schwedens Bestrebungen, der NATO beizutreten. Die Regierung hat die offizielle Bewerbung am 18. Mai 2022 angekündigt und strebt seither an, die NATO-Mitgliedschaft bis spätestens 2030 zu erreichen. Diesem bedeutenden Wandel in der schwedischen Verteidigungspolitik, die bisher auf Neutralität basierte, steht derzeit nur noch Ungarn im Weg. Die Regierung in Budapest sperrt sich in der Nordatlantikallianz weiterhin gegen den NATO-Beitritt Schwedens. Ungarns Premier Viktor Orban hat zwar nicht explizit erklärt, warum er Schwedens NATO-Beitritt verzögern möchte, es wird jedoch vermutet, dass

Modern und interoperabel: ein schwedischer Soldat (links) mit einem finnischem NATO-Partner. Bild: Försvarsmakten

Orban Bedenken haben könnte, dass ein schwedischer NATO-Beitritt die geopolitische Balance in der weiteren Region stören und damit Ungarns Einfluss verringern könnte. Ein weiterer Grund könnte Orbans nationalistische Politik und seine Vorliebe für eine eigenständig unabhängige Aussenpolitik sein. Ein Schweden innerhalb der NATO stärkt die europäische Integration, die seiner Vision von nationaler Souveränität und Unabhängigkeit widerspricht.

Ebenfalls wird eine mögliche Furcht vor russischen Repressalien vermutet.

Schweden liegt an der Ostsee und seine lange Küstenlinie ist für militärische Zwecke von strategischem Interesse. Ein schwedischer NATO-Beitritt stärkt deshalb die westliche Vormacht in der Ostsee dermassen, dass Russland dort mit seiner Enklave Kaliningrad nur noch NATO-Staaten als Nachbarn hätte. Stockholms Budgeterhöhungen sind deshalb auch eine Reaktion auf die wachsende Sorge über die Sicherheitslage in der Ostsee. Die Marine hat in den letzten Jahren eine Zunahme russischer militärischer Tätigkeiten in der Region beobachtet, einschliesslich verstärkter U-Boot-Aktivitäten und Flüge über schwedisches Territorium. So sind die Bestrebungen des skandinavischen Königreichs Teil einer breiteren Debatte über die Notwendigkeit einer stärkeren Verteidigung und der Rolle des Landes innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur. Zudem kann es sich damit seine etablierte Rüstungsindustrie erhalten. Der Plan zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und die Bewerbung um die NATO-Mitgliedschaft können deshalb als wesentliche Schritte zur Stärkung der Sicherheit des Landes und zur Unterstützung der globalen Sicherheitsordnung betrachtet werden. *pk*

KOSOVO

Serbien erhöht den Druck

◀ **Ein Checkpoint der KFOR und der Kosovo Police in Banjska im Nordkosovo.** Bild: Balkan Insight

Serbien und Kosovo könnten derzeit leicht in einen Krieg abrutschen. Die jüngsten Spannungen zwischen den beiden Ländern haben sich in den Wochen seit Mitte September verschärft, insbesondere nach einem tödlichen Schusswechsel an der Grenze. Kosovo hat unterdessen Gespräche mit Serbien kategorisch ausgeschlossen, bis Sanktionen wegen des Vorfalls verhängt werden. Die NATO-Mission im Kosovo hat derweil Forderungen abgelehnt, die angespannte Lage im Norden des Landes – nebst den ohnehin in der Region tätigen Liaison and Observer Teams – noch zusätzlich und besonders überwachen zu wollen. Ebenfalls ist keine weitere Anpassung der Force Posture angedacht. Das heisst, die UNO-Resolution 1244 wird weiterhin wie bisher umgesetzt. Die NATO-Kräfte im Kosovo wären entsprechend schlecht auf einen konventionellen serbischen militärischen Angriff und eine mögliche Annexion des Nordkosovo vorbereitet. Nicht zu vernachlässigen ist dabei der Einfluss Russlands, der die Situation weiter verschärfen könnte. Moskau hat bereits eine starke Präsenz in Serbien und unterstützt das Land politisch und wirtschaftlich. Die Befürchtung gilt deshalb als berechtigt, dass Russland versuchen könnte, den Konflikt zwischen Serbien und Kosovo auszunutzen, um seine eigene Agenda voranzutreiben. Kosovos Präsidentin Vjosa Osmani äusserte sich besorgt über den Einfluss Russlands und warnte davor, dass dies zu einem Krieg führen könnte: «Wir müssen wachsam sein und sicherstellen, dass wir nicht zulassen, dass externe Akteure unsere Beziehungen beeinflussen.» Als Gegenmassnahme forderte sie Sanktionen gegen Serbien, die aber Anfang Oktober innerhalb der europäischen Länder niemand wirklich als realistisch einstufte. Dort wird auf die Bedeutung einer diplomatischen Lösung für den Konflikt verwiesen und davor gewarnt, dass ein Krieg zwischen Serbien und Kosovo verheerende Auswirkungen auf den gesamten Balkan haben könnte.

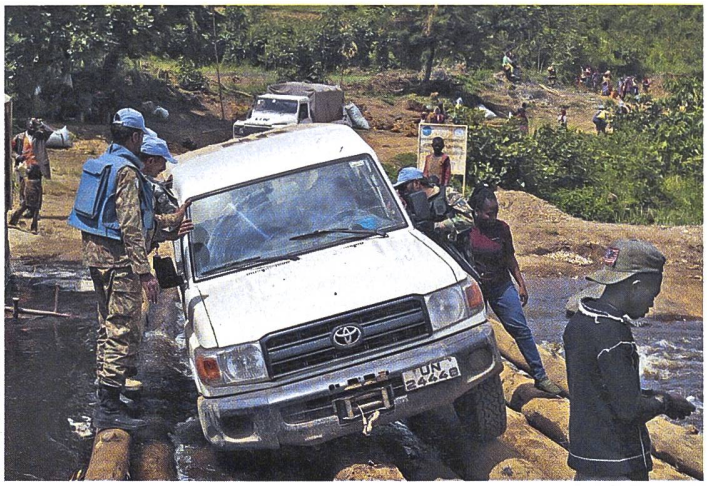
Selbst wenn man die aktuellen Vorkommnisse als nicht so dramatisch einstuft und nur als weiteres Säbelrasseln Belgrads abtut, insgesamt bleibt die Lage äusserst instabil und die Sorge über die Eskalation der Spannungen ist völlig berechtigt. «Der Kosovo ist ein Hotspot», ordnet deshalb der albanische Präsident Rama korrekt ein. «Vor allem der Nordkosovo ist im Laufe der Jahre zu einem Niemandsland geworden, in dem sich alle Arten von Kriminalität mit wachsendem Nationalismus verbinden. Die Grenze zwischen Kriminalität und Politik ist fliessend geworden.» Dieses Problem muss vor allem die NATO in den Griff bekommen, da sie sonst indirekt als Steigbügelhalter Serbiens bezeichnet werden könnte. Immerhin wurde aus dem Brüsseler Hauptquartier bereits im Juli versprochen, so viele Soldaten wie nötig zu entsenden, um die 4500 Soldaten vor Ort zu unterstützen. Damals wurden dazu weitere 600 Truppen ins Land verlegt. Ob dies reicht, wird sich zeigen müssen. Offen ist auch, ob Serbien seine Drohung wahr macht. Verteidigungsminister Miloš Vucevic erklärte, dass auf präsidialen Befehl zum Einmarsch «die serbische Armee und die Streitkräfte diese Mission effizient, professionell und erfolgreich durchführen werden». *pk*

MALI

Situation schlechter denn je?

In Mali kommt es seit August zu einer Eskalation der Gewalt, bei der unterdessen auch die Tuareg wieder eine wichtige Rolle spielen. Die Rebellen kontrollieren bereits grosse Teile des nördlichen Mali und haben im September die Stadt Kidal erobert, wobei es zu heftigen Kämpfen zwischen den Rebellen und der malischen Armee kam, bei denen es zahlreiche Opfer gab. Spätestens seit auch ein Flugzeug der russischen Wagner-Gruppe Ende September abstürzte und zahlreiche Tote forderte, scheint die Situation ausser Kontrolle. Die russische Söldnertruppe Wagner – mit dem Ziel, die Interessen Russlands zu verteidigen – ist weiterhin stark im Land präsent und stellt vor allem für die internationale Gemeinschaft westlicher Gesinnung den Beweis für die Einmischung des Kremls in die Geschicke des Landes dar. Die USA haben die Aktivitäten der Wagner-Gruppe in Mali mehrmals scharf kritisiert und erklären unterdessen, dass mit dem Einsatz von Söldnern versucht werde, den Bürgerkrieg in Mali neu zu entfachen. Dies könnte letzten Endes, so das US-Aussenministerium, dazu führen, dass Russland seine Präsenz in Afrika konsolidieren und damit seine Einflussmöglichkeiten in der Region stärken würde. Zudem warnen UNO-Vertreter, dass die Eskalation der Gewalt in Mali zu einer humanitären Krise führen wird. Seit dem Abzug der Friedenstruppen, der noch bis Ende Jahr anhält, sind Zehntausende auf der Flucht und der Zugang zu humanitärer Hilfe in den umkämpften Gebieten wurde stark eingeschränkt. Die internationale Gemeinschaft zeigt sich deshalb besorgt über die Auswirkungen des Konflikts auf die Stabilität der gesamten Region und bemüht sich weiterhin um eine diplomatische Lösung. *pk*

Das Wrack der in Mali abgestürzten Il-76 der Wagner-Truppe. Bild: Kirim Haber Ajansi



Bald Vergangenheit: UNO-Truppen in Kiwu (DRC). Bild: Vereinte Nationen

DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO

Präsident will Abzug der UNO-Truppen

Die Vereinten Nationen haben im September ihre zurückhaltende Unterstützung für einen beschleunigten Abzug der UNO-Friedenstruppen aus der Demokratischen Republik Kongo (DRC) bekanntgegeben. Diese Entscheidung wurde vor dem Hintergrund der wachsenden Spannungen im Land getroffen. Dabei erklärte die UNO, dass bewaffnete Gruppen in der DRC in diesem Jahr bereits rund 1200 Menschen getötet und Tausende weitere vertrieben haben. Die anhaltende Gewalt und Instabilität im Land haben zu einer anhaltenden humanitären Krise geführt, bei der Millionen von Menschen auf Hilfe von aussen angewiesen sind. Präsident Félix Tshisekedi hat anlässlich seiner Rede während der 78. UNO-Vollversammlung angekündigt, dass der Abzug der Friedenstruppen noch in diesem Jahr beginnen soll. Er argumentiert, dass sein Land die Fähigkeit und Verantwortung habe, seine eigene Sicherheit zu gewährleisten. Die Entscheidung des Präsidenten wird von einigen als Versuch gewertet, die Souveränität des Landes zu stärken und die UN-Truppen als Symbol des Kolnialismus zu brandmarken und gleichzeitig zu entfernen. Die UNO ist seit über 20 Jahren in der DRC stationiert und hat die Aufgabe, Sicherheit im Land zu gewährleisten und bewaffnete Gruppen zu bekämpfen. In dieser Zeit haben die Friedenstruppen wiederholt versucht, die Gewalt einzudämmen, meistens jedoch mit begrenztem Erfolg.

Die Entscheidung der Vereinten Nationen, den Abzug der Friedenstruppen nun zu unterstützen, wurde jedoch nicht überall wohlwollend aufgenommen. Kritiker argumentieren, dass die DRC noch nicht über die nötigen Kapazitäten verfüge, um ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten, und dass ein überstürzter Abzug die Gewalt im Land weiter eskalieren lassen könnte. Dessen Infrastruktur ist desolat. So verfügt es über kein zusammenhängendes Strassennetz und ist dabei beinahe so gross wie Zentral- und Osteuropa zusammen. Zudem haben sich bewaffneten Gruppen in der DRC in den letzten Monaten verstärkt bekämpft, insbesondere in den östlichen Provinzen des Landes. Es wurden im Sommer auch mehrere Angriffe auf UN-Stützpunkte verübt. All das hat zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage geführt und die humanitäre Krise weiter verschärft. Präsident Tshisekedi

betont diesbezüglich, dass der UNO-Abzug deshalb schrittweise und unter Berücksichtigung der Sicherheitslage erfolgen soll. Zudem sei sein Land weiterhin auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen, insbesondere bei der Stärkung der eigenen Sicherheitskräfte. Insgesamt bleibt die Situation in der DRC deshalb weiterhin unsicher und instabil. Dabei ist die Reaktion der umliegenden Länder ein zentrales Element. Besonders wie sich Rwanda verhalten wird. Die Beziehungen zwischen den ungleichen Nachbarn sind angespannt und führten bereits einmal zum Krieg. Dieser begann nach dem Völkermord in Ruanda 1994, als Hutu-Milizen in den Kongo flohen. Der Konflikt wurde durch den Zugang zu Land, natürlichen Ressourcen und politischen Einfluss im Osten des Kongos verschärft. Es gab unzählige bewaffnete Gruppen, die in den Konflikt verwickelt waren, darunter auch die ruandische Armee. Mögliche Auswirkungen auf die Zukunft sind deshalb vielschichtig, da der Konflikt für Generationen von Menschen zu anhaltender Gewalt, Vertreibung und Instabilität in der Region führte. Eine nachhaltige politischen Lösung und internationale Zusammenarbeit, um eine dauerhafte Stabilität und Entwicklung in der Region zu erreichen, ist nicht absehbar. Ob und wie dies die DRC ohne die Unterstützung der UNO erreichen kann, bleibt fraglich. *pk*

CHINA

Xi Jinping strebt eine weltweit führende Streitmacht an

China investiert seit Jahrzehnten intensiv in seine militärische Modernisierung und hat beträchtliche Fortschritte erzielt. Die chinesische Führung unter Präsident Xi Jinping gab nun das Ziel bekannt, bis zum Jahr 2035 eine «weltweit führende Streitmacht» aufzubauen und bis 2049 «die vollständige Modernisierung der Streitkräfte» zu erreichen. Verständlicherweise stossen diese Ambitionen auf Besorgnis und lösen Spannungen aus, insbesondere im Verhältnis zu den USA. Die Frage ist, ob Chinas militärische Modernisierung erfolgreich sein wird. Das Land hat in den letzten Jahren in moderne Waffensysteme und Technologien investiert, darunter Flugzeugträger, ballistische Raketen, Hyperschallwaffen und Cyberfähigkeiten. Dies führte zwar einerseits zu einer verbesserten Abschreckungsfähigkeit unter gleichzeitiger militärischer Überlegenheit in der Region. Andererseits zeigt China immer noch einige Schwächen, beispielsweise der Führung, aber insbesondere auch im Vergleich zur militärischen Stärke der USA. Deshalb ist die angestrebte Modernisierung hauptsächlich auch auf die Verteidigung ausgerichtet. Die Rüstungsambitionen werden von China selbst damit begründet, dass es auf seinem Recht besteht, nationale Sicherheit zu gewährleisten und seine Souveränität zu verteidigen. In logischer Konsequenz will das Land denn auch seine militärischen Fähigkeiten nicht gegen andere einsetzen, es sei denn, seine Interessen werden bedroht. Einer der Treiber dieses Denkens ist denn auch die so genannte Aukus-Allianz zwischen Australien, Grossbritannien und den USA. Sie hat die Spannungen zwischen China und der westlichen Welt weiter verschärft. Aukus hat aber das Potenzial, die Abschreckung gegenüber China insgesamt zu schwächen, da es einen Anreiz für China schuf, seine militärische Modernisierung noch speditiver voranzutreiben. Denn unter der Etikette Aukus befinden sich auch handfeste rüstungspolitische Interessen wie der Verkauf von nuklear betriebenen U-Booten an Australien, was China als Bedrohung betrachtet. Beijing kommentiert dieses Vorgehen auch offen, stellt sich gegen jegliche Form von Hegemonie und «Kalter-Kriegs-Mentalität» und betont, dass seine militärische Modernisierung rein defensiver Natur ist. Das kommunistische China will gemäss Eigendeklaration eine gerechte und dauerhafte Weltordnung fördern und es strebe nach Frieden und Stabilität. *pk*

BERG-KARABACH

Ein Konflikt zeitigt regionale Folgen

Der fortwährende Konflikt um Berg-Karabach zwischen Armenien und Aserbaidschan hat einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Nachdem im September Aserbaidschan handstreichartig das Gebiet grossräumig übernahm und etwa 120 000 Menschen zur Flucht zwang, hat das Europäische Parlament diese Vorgänge mittels Resolution als «eine grobe Verletzung der Menschenrechte und des Völkerrechts» und einen «ungerechtfertigten militärischen Angriff» auf das Gebiet bezeichnet.

Die Resolution ruft dazu auf, die Souveränität und territoriale Integrität Armeniens zu respektieren und die Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der OSZE-Minsk-Gruppe fortzusetzen. Das aserbaidschanische Vorgehen stellt eine der grössten ethnischen Säuberungen im Südkaukasus seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion dar. Man kann dies als geopolitische Verschiebung seismischen Ausmasses bezeichnen, die besonders die Türkei stärkt, den Iran schwächt und Armenien gefährdet. Die Vertreibungen wurden von den aserbaidschanischen Behörden zwar nicht erzwungen, aber die verbliebenen älteren und behinderten Menschen in der Hauptstadt Stepanakert fühlen sich isoliert.

Aufgrund der Zerstörung von Infrastruktur und dem Verlust der geflüchteten Arbeitskräfte steht die Wirtschaft vor dem Kollaps. Erst im Mai hatte Armenien offiziell die Region Berg-Karabach als Teil von Aserbaidschan anerkannt. Die Entscheidung kam nach dem Waffenstillstandsabkommen im vergangenen Jahr, das den Konflikt vorläufig beendet hatte. Dieser Schritt wurde als Versuch von Armenien gesehen, die diplomatischen Beziehungen mit Aserbaidschan zu normalisieren und die Region zu stabilisieren. Mit den jüngsten Vorgängen hat diese Anerkennung aber ihr Ziel verfehlt, einen dauerhaften Frieden zur Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu schaffen.

Trotz der historischen und kulturellen Verbindungen zwischen den jüdischen und armenischen Gemeinschaften wurde Israel für das wahrgenommene Fehlen der Unterstützung für die armenische Sache kritisiert. *pk*